

Das liegt im Interesse jedes Bürgers der DDR, denn jeder einzelne hat in unserer sozialistischen Gemeinschaft seinen Platz und eine gesicherte Zukunft.

Bedeutet unser konsequenter Kurs auf die Gestaltung des entwickelten gesellschaftlichen Systems des Sozialismus in der DDR, daß uns die Wiederherstellung der nationalen Einheit gleichgültig ist? Nein, ganz im Gegenteil. Auch in Westdeutschland wird der Spätkapitalismus vom Sozialismus abgelöst werden.

Die Führer der Bonner Parteien, die Minister der CDU/CSU und leider auch der SPD, sind auf Haß und Feindschaft gegen den sozialistischen deutschen Staat eingeschworen. Die führenden politischen Persönlichkeiten der Parteien, des Staatsrates und der Regierung der DDR hingegen sind nicht nur durch ihr Gewissen als deutsche Arbeiterfunktionäre und Vertreter des werktätigen Volkes, sie sind auch durch unsere Verfassung verpflichtet, der Verständigung der beiden deutschen Staaten und der Überwindung der Spaltung der Nation zu dienen.

Da Sie in der Bundesrepublik über den Inhalt unseres Verfassungsentwurfes entweder überhaupt nicht oder falsch informiert werden, möchten wir hier jenen Abschnitt des Entwurfes zitieren, der das Verhältnis der beiden deutschen Staaten zueinander behandelt. Es ist der Artikel 8, Punkt 2, in dem es heißt:

„Die Herstellung und Pflege normaler Beziehungen und die Zusammenarbeit der beiden deutschen Staaten auf der Grundlage der Gleichberechtigung sind nationales Anliegen der Deutschen Demokratischen Republik. Die Deutsche Demokratische Republik und ihre Bürger erstreben darüber hinaus die Überwindung der vom Imperialismus der deutschen Nation aufgezwungenen Spaltung Deutschlands, die schrittweise Annäherung der beiden deutschen Staaten bis zu ihrer Vereinigung auf der Grundlage der Demokratie und des Sozialismus.“<sup>1</sup>

Wir wollen offen zu Ihnen sprechen. Es gibt für Sie überhaupt nur zwei Möglichkeiten.

Die eine ist: Sie lassen das großkapitalistische, revanchistische Regime, das die alte imperialistische Vergangenheit nicht bewältigt hat und gar nicht bewältigen will, weiter gewähren. Das hätte zur Folge, die Bundesrepublik beteiligt sich auch in Zukunft an jedem imperialistischen Verbrechen in der Welt; die westdeutsche Politik richtet sich auch weiterhin

<sup>1</sup> Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik vom 6. April 1968, Staatsverlag der DDR, Berlin 1968, S. 13/14.